

Martin Greive, Jan Hildebrand, Silke Kersting, Dietmar Neuerer, Klaus Stratmann Berlin

Koalitionsausschüsse sind für einen Bundesfinanzminister oft teure Veranstaltungen, das gilt erst recht in Krisenzeiten. Doch an diesem Dienstag kann Kassenwart Olaf Scholz (SPD) an dem Treffen der Spitzenvertreter von Union und SPD vergleichsweise entspannt teilnehmen. Zwar will die Große Koalition neue Milliardenausgaben im Kampf gegen die Coronakrise beschließen. Doch längst nicht alles muss Scholz finanzieren.

So soll der 750 Milliarden Euro schwere Wiederaufbaufonds der Europäischen Union (EU) nach den Plänen der Bundesregierung bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie in Deutschland eine wichtige Rolle spielen und zusätzliche Wachstumsimpulse geben. Nach Informationen des Handelsblatts aus Regierungskreisen beträgt der Deutschland zustehende Anteil an dem Fonds rund 47 Milliarden Euro, davon entfallen 23 Milliarden auf den Bund. Über die Verwendung der Mittel will der Koalitionsausschuss am Dienstag beraten. Den Angaben zufolge hat sich die Bundesregierung intern bereits auf eine Wunschliste verständigt.

Auf dieser Liste ganz oben stehen der Aufbau einer Schul-Cloud, der Ausbau von Ganztagsangeboten, die Digitalisierung und der Ausbau der Schieneninfrastruktur der Bahn, die Erforschung neuer Antriebe für den Luftverkehr, der Ausbau der Offshore-Windenergie, die energetische Sanierung von Gebäuden des Bundes sowie Investitionen in Telemedizin-Angebote. Zusätzlich sollen die Möglichkeiten für eine degressive Afa erweitert werden, also Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen von Unternehmen. Der Koalitionsausschuss könnte darüber hinaus zusätzliche Schwerpunkte setzen.

Viele dieser Punkte sind bereits Bestandteil des im Juni beschlossenen Konjunkturpakets. Der Rückgriff auf die Milliarden aus dem EU-Fonds eröffnet jedoch zusätzliche Spielräume. Grundsätzlich stehen die EU-Mittel für alle Projekte bereit, die nach dem 1. Februar beschlossen wurden. Es können damit also bereits auf den Weg gebrachte oder neue Vorhaben finanziert werden. Die Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedsländer hatten sich vor einem Monat auf den Fonds zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen von Corona im Umfang von 750 Milliarden Euro geeinigt. 390 Milliarden Euro sollen als direkte Zuschüsse und 360 Milliarden als Kredite gewährt werden. Außerdem wird die EU-Kommission erstmals europäische Schulden an den Finanzmärkten aufnehmen, die bis 2058 zurückgezahlt werden sollen.

Wenn die Große Koalition sich am Dienstag auf das Vorgehen einigt, würden mit dem EU-Wiederaufbaufonds also viele Projekte aus dem 130 Milliarden Euro schweren Konjunkturprogramm der Bundesregierung finanziert.

Der größte Ausgabenposten des Pakets sind die Überbrückungshilfen für den Mittelstand. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hatte das Programm Anfang Juli vorgestellt. Es sollte ursprünglich Ende August auslaufen. Nun will Altmaier das Instrument bis zum Jahresende verlängern, wie es aus dem Bundeswirtschaftsministerium



Peter Altmaier, Olaf Scholz (v.l.): Dort, wo Anträge angefallen sind, wurden sie teilweise nur spärlich freigegeben.

Unterstützung für Unternehmen

Seid verschlungen, Milliarden

Union und SPD wollen die Überbrückungshilfen für den Mittelstand verlängern und neue Milliardeninvestitionen beschließen. Eine Finanzierungsquelle ist gefunden. Doch bisher fließen viele Gelder nur zögerlich.

heißt. Gerade der Mittelstand und seine Beschäftigten bräuchten weiterhin Hilfe, um diese schwierige Zeit zu überstehen, heißt es aus dem Wirtschaftsministerium. Altmaier dürfte aber vor allem noch aus einem weiteren Grund auf eine Verlängerung drängen: Die Mittel aus dem 25-Milliarden-Euro-Topf sind bei Weitem nicht ausgeschöpft.

Für den Koalitionsausschuss hat Altmaier eine Übersicht über die bisherige Nutzung der Corona-Hilfen erstellt. Danach gab es bisher für einige Hilfsmaßnahmen nur wenig Nachfrage. Und dort, wo Anträge angefallen sind, wurden sie teilweise nur spärlich freigegeben. So gab es für die Überbrückungshilfen bisher 38.000 Anträge mit einem Volumen von rund 700 Millionen Euro. Es stehen also noch 24,3 Milliarden Euro zur Verfügung. Bei dem Vorgängerprogramm – den Soforthilfen für Kleinunternehmen und Soloselbstständige – gab es 1,9 Millionen Anträge über insgesamt 14,3 Milliarden Euro.

Die Opposition kritisiert die geringe Inanspruchnahme bei den Überbrückungshilfen. „Es reicht nicht, Milliardenhilfen nur ins Schaufenster zu stellen. Die Bundesregierung trägt auch eine Verantwortung dafür, dass die Gelder auch dort ankommen, wo sie dringend benötigt werden“, sagte die Chefin der Grünen-Bundestagsfraktion, Katrin Göring-Eckardt, dem Handelsblatt. Genau dafür habe der Bundestag die Mittel ja bereitgestellt. „Dass sowohl von den Soforthilfen als auch den Überbrückungshilfen nur Bruchteile abgefließen sind, zeigt, wie sehr die Programme am Bedarf vieler Wirtschaftstreibender vorbeigehen.“ Die Regierung setze den Fortbestand zahlreicher Unternehmen und die Existenz vieler Selbstständiger aufs Spiel. „Das wirtschaftspolitische Krisenmanagement hat damit einen tiefen Kratzer bekommen“, so Grünen-Politikerin Göring-Eckardt.

Unternehmen können bis zu 150.000 Euro als Zuschuss für drei Monate erhalten. Nachdem sich Berichte über Missbrauch bei den Corona-Maßnahmen häuften, hat die Bundesregierung bei den Überbrückungshilfen Hürden eingebaut. So muss ein Umsatzeinbruch von mehr als 60 Prozent im Vergleich zu den Vorjahresmonaten nachgewiesen werden. Die Antragstellung erfolgt über Steuerberater und Wirtschaftsprüfer oder Anwälte.

Die FDP kritisiert das Beantragungsverfahren als zu kompliziert. „Die Große Koalition steht sich mit ihrer irren Bürokratie mal wieder selbst im Weg“, sagte der stellvertretende FDP-Fraktionschef Christian Dürr. „Wenn man 25 Milliarden Euro ins Schaufenster stellt und davon nicht mal eine einzige Milliarde abgerufen wird, hat das mit ‚Wumms‘ wenig zu tun.“

„Wenn man 25 Milliarden Euro ins Schaufenster stellt und davon nicht mal eine einzige Milliarde abgerufen wird, hat das mit ‚Wumms‘ wenig zu tun.“

Christian Dürr stellvertretender FDP-Fraktionschef

bruch von mehr als 60 Prozent im Vergleich zu den Vorjahresmonaten nachgewiesen werden. Die Antragstellung erfolgt über Steuerberater und Wirtschaftsprüfer oder Anwälte.

Die FDP kritisiert das Beantragungsverfahren als zu kompliziert. „Die Große Koalition steht sich mit ihrer irren Bürokratie mal wieder selbst im Weg“, sagte der stellvertretende FDP-Fraktionschef Christian Dürr. „Wenn man 25 Milliarden Euro ins Schaufenster stellt und davon nicht mal eine einzige Milliarde abgerufen wird, hat das mit ‚Wumms‘ wenig zu tun.“

Die Anforderungen an die Umsatzrückgänge in dem Programm seien „sehr streng definiert“, sagte Achim Dercks, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK). „Hier sollte bei einer sinnvollen Verlängerung der Überbrückungshilfe bis Ende des Jahres daher

nochmals nachgesteuert werden“, fordert Dercks. Der Wirtschaftsverband zeigt aber Verständnis dafür, dass die Regierung nun genauer hinschaut. „Bei den Überbrückungshilfen verlangt die Politik genauere Nachweise und eine stringente Überprüfung der prognostizierten Umsatzrückgänge“, sagt Dercks. Das sei „nachvollziehbar“ angesichts eines maximal möglichen Zuschusses von 150.000 Euro.

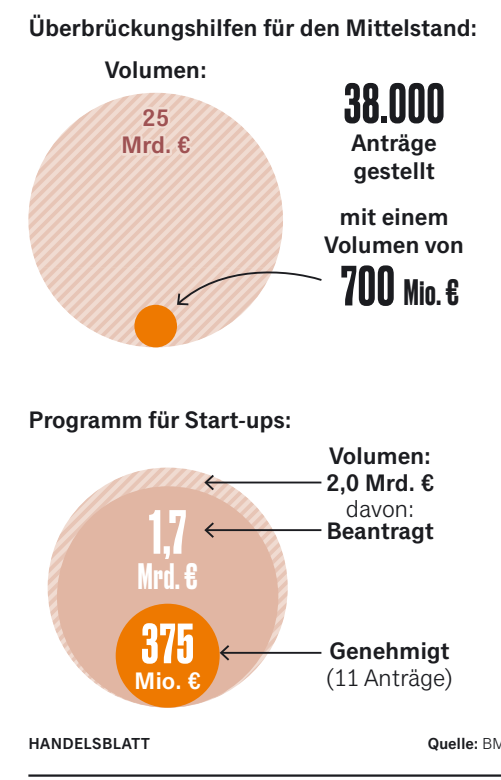
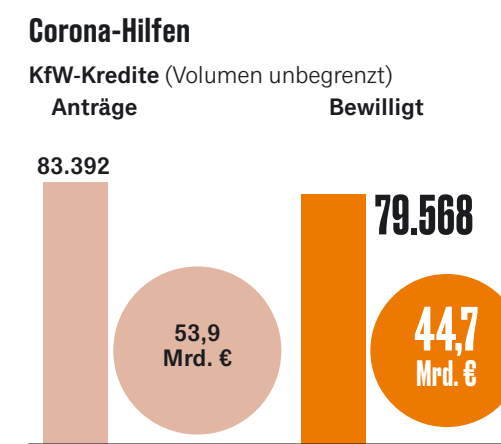
Der DIHK-Vertreter verweist darauf, dass es in den vergangenen Monaten Lockerungen der Corona-Auflagen gegeben habe, wodurch nicht mehr so viele Unternehmen von harten Umsatzeinbrüchen betroffen seien. Auch das kann ein Grund sein, warum die Mittel nicht ansatzweise ausgeschöpft wurden. Dercks hält eine Verlängerung trotzdem für notwendig. Umfragen des DIHK würden zeigen, dass 20 Prozent der Unternehmen nach wie vor von einem kompletten oder weitreichenden Stillstand ihres Geschäfts betroffen seien. Es bleibe deshalb richtig, dass die Politik 25 Milliarden Euro für die Überbrückungshilfen vorgesehen habe. Dercks: „Gerade angesichts steigender Infektionsszahlen und einzelner Reisewarnungen, die wir aktuell sehen, dauern die großen Unsicherheiten an.“

Die Zwischenbilanz des Wirtschaftsministeriums zeigt, dass neben den Überbrückungshilfen auch bei anderen Programmen wenig Geld geflossen ist. So hat die Bundesregierung ein Hilfspaket über zwei Milliarden Euro für Start-ups geschnürt. Dafür liegen auch bereits Anträge in Höhe von 1,7 Milliarden Euro vor. Genehmigt wurden aber bisher laut der Übersicht des Wirtschaftsministeriums erst elf Anträge über 375 Millionen Euro.

Die Corona-Hilfen der staatlichen KfW-Bank wurden laut der Übersicht des Wirtschaftsministeriums stark genutzt. Danach gibt es bisher rund 83.400 Anträge über 54 Milliarden Euro. Davon wurden fast 80.000 Anträge über 44,7 Milliarden Euro genehmigt. Allerdings müssen diese Hilfskredite zurückgezahlt werden. Wirtschaftsexperten fürchten, dass diese Schuldenlast für einige Unternehmen zu einem Problem werden könnte.

Neben den Wirtschaftshilfen wollen Union und SPD auch über eine Verlängerung des Kurzarbeitergelds beraten. Von dieser Maßnahme profitieren Unternehmen stark. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hat vorgeschlagen, die Bezugsdauer von zwölf auf 24 Monate zu verlängern. Zudem soll die Bundesagentur für Arbeit (BA) nach dem Willen der SPD auch weiterhin die Sozialversicherungsbeiträge für Unternehmen übernehmen.

Die Union ist grundsätzlich bereit, die Kurzarbeiterregelung zu verlängern, stellt aber einige Bedingungen. So würde sie Unternehmen gerne zu einer Fortbildung der Mitarbeiter verpflichten, wenn die BA die Sozialversicherungsbeiträge zahlt. Das sieht nun auch der Vorschlag von Arbeitsminister Heil vor. Zudem gibt es aus der Union die Forderung, die Höhe des Kurzarbeitergelds zu flexibilisieren. Bei Arbeitnehmern mit niedrigen Einkommen, die stark von Kurzarbeit betroffen sind, soll weiterhin auf 80 Prozent des Nettoeinkommens aufgestockt werden. Bei Beschäftigten mit hohen Einkommen könnte das Kurzarbeitergeld hingegen wieder auf 60 Prozent gesenkt werden, so die Idee. Die SPD lehnt das bisher aber ab.



Tourismusbranche Unterstützung stockt

Aus dem Milliardenpotenzial für Corona-Überbrückungshilfen an besonders betroffene Firmen ist bisher nur wenig bei der Reisebranche angekommen. Wie das Bundeswirtschaftsministerium auf Anfrage des Handelsblatts mitteilte, wurden in der Reisebranche (Beherbergungsgewerbe, Gastronomie, Reisebüros, Reiseveranstalter) insgesamt 11.691 Anträge mit einem Volumen von 299,2 Millionen Euro gestellt. Bewilligt wurden demnach Anträge mit einem Volumen von 113,9 Mio. Euro. Die staatlichen Überbrückungshilfen laufen bisher bis Ende August. Die Antragsfrist war bis Ende September verlängert worden, Zahlungen sind auch rückwirkend möglich.

Der Grünen-Tourismuspolitiker Markus Tressel forderte angesichts der schwierigen Lage der Reisebranche Nachbesserungen bei den staatlichen Hilfen. „Damit die Strukturen der Touristik weiterhin bestehen bleiben, müssen die Überbrückungshilfen verlängert und dahingehend angepasst werden, wo sie die Rechts- und Wirtschaftsformen der Touristik noch nicht zielführend erreichen“, sagte der Bundestagsabgeordnete dem Handelsblatt. „Nur so können die Arbeitsplätze und die Infrastruktur erhalten bleiben.“

Die FDP sieht ebenfalls Handlungsbedarf. „Wenn wir unsere mittelständischen Touristikunternehmen, die gut gewirtschaftet haben und unverschuldet in diese Krise geraten sind, retten wollen, muss Schwarz-Rot jetzt sofort nach der Sommerpause eine Verlängerung der Überbrückungshilfen auf den Weg bringen“, sagte der Tourismusexperte der Liberalen, Marcel Klinge, dem Handelsblatt. „Zugleich mahnte Klinge einen verantwortungsvollen Umgang mit staatlichen Hilfen ab.“

Die Gewährung einer weiteren Milliarde Staatskredite für Tui – ohne daran geknüpfte Auflagen – hat zu Recht viele Mittelständler in der Branche verärgert, die bis heute auf zielgenaue Hilfen warten.

Auch der Reiseverband trommelt für eine Verlängerung der Hilfen. „Um einer massiven Insolvenzwelle vorzubeugen und gerade spezialisierten mittelständischen Unternehmen den Fortbestand zu sichern, ist es dringend geboten, dass die derzeitigen Unterstüt-

zungsmaßnahmen für Unternehmen mit deutlichen Umsatzzeitbußen mindestens bis Ende des Jahres fortgeschrieben und entsprechend angepasst werden“, sagte Verbandspräsident Norbert Fiebig dem Handelsblatt.

Fiebig sprach von einer „besonderen Betroffenheit der Branche“. Nicht zuletzt wegen der weiterhin geltenden Reiseeinschränkungen werde es noch einige Monate oder Jahre dauern, bis die Unternehmen wieder schwarze Zahlen schreiben würden. Mehrere Bundesländer wollen derweil eine Verlängerung der Überbrückungshilfen für den Mittelstand. „Wir fordern gemeinsam mit den norddeutschen Ländern, aber auch Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen eine Verlängerung bis mindestens Jahresende“, sagte Kai Stühnenberg, Sprecher der Bremer Wirtschaftssenatorin Kristina Vogt (Linke), dem Handelsblatt. Vogt hat derzeit den Vorsitz der Wirtschaftsministerkonferenz inne.

Wirtschaftsminister diskutieren Überbrückungshilfen

Das Thema Überbrückungshilfen des Bundes steht auch auf der Tagesordnung einer für Mittwochabend geplanten Videokonferenz der Länderwirtschaftsminister mit Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU). Beraten werden soll über ergänzende Hilfsangebote für besonders betroffene Unternehmen sowie über eine Verlängerung des Kurzarbeitergelds. Zudem werden Berichte des Bundeswirtschaftsministeriums zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung und zur Verlängerung der Insolvenzregelungen erwartet.

Laut der Bremer Senatswirtschaftsverwaltung benötigen in bestimmten Branchen wie etwa im Bereich Messen und Veranstaltungen Unternehmen weiter „dringend“ Hilfen, damit sie die Krise überleben können. „Besonders betroffen ist nach wie vor die Hotellerie und Gastronomie, wo fast jedes Unternehmen Umsatzausfälle von mehr als 25 Prozent erwartet“, sagte der Sprecher der Wirtschaftssenatorin. Auch in den anderen Branchen wie Verkehr, Logistik, Einzelhandel und Industrie werde die Lage weiterhin angespannt sein. Dietmar Neuerer



Reisebüro in Berlin: Der Branche wurden erst 114 Millionen Euro an Hilfen bewilligt.